

PRESSEMITTEILUNG

Genossenschaftsinstitute fordern: Brüssel muss nachbessern!

Sprecher der Volksbanken und Raiffeisenbanken in der Region: „EU-Anhörung belegt breite Kritik an der Mithaftung für Großbanken“

- Region.** „Regionalbanken dürfen nicht in Haftung genommen werden, wenn sich eine systemrelevante Großbank verzockt – das ist das klare Ergebnis einer Anhörung der EU-Kommission. Und das ist auch unsere Position in dieser Frage.“ Dies berichtet Norbert Friedrich, Sprecher der Volksbanken und Raiffeisenbanken in der Region, gemeinsam mit seinen Kollegen Michael Hoeck und Rainer Berlin-
5 gen.
- 10 Bei der Online-Anhörung ging es um die Frage, wie der geplante neue europäische Bankenabwicklungsfonds finanziert werden soll. In der Anhörung forderten 99 Prozent aller Teilnehmer, dass bei der Berechnung der Beiträge zwischen großen und regionalen Banken unterschieden wird. „Das ist
15 absolut notwendig – schließlich werden Banken wie wir wohl nie in die Lage geraten, die Mittel aus dem Fonds in Anspruch zu nehmen, der eigens für systemrelevante Banken eingerichtet wird“, betont Hoeck, Vorstandssprecher der Vereinigten Volksbank Raiffeisenbank in Wittlich.

20

Immerhin habe sich die EU-Kommission bewegt und plane jetzt offenbar eine Sonderregel, laut der kleine Banken geringere Gebühren zahlen müssten, berichtet der Sprecher der Kreditgenossenschaften weiter. „Das ist schon einmal ein Erfolg für unsere Beteiligung an dieser Umfrage“, meint Rainer Berlingen, der Vorstandsmitglied der Volksbank Eifel Mitte ist: „Wir arbeiten solide und wir finanzieren den Mittelstand in unserer Region. Da kann es nicht sein, dass wir nun in Mithaftung genommen werden sollen für riskante Geschäftsmodelle einiger Wettbewerber.“ Allerdings wolle die EU die Grenze viel zu eng stecken. Genossenschaftsinstitute mit einer Bilanzsumme ab einer Milliarde Euro würden voraussichtlich nicht von dieser Regelung profitieren.

35

Sehr wichtig sei es, auch bei den mittleren und großen Banken sehr deutlich zwischen riskanten und weniger riskanten Geschäftsmodellen zu unterscheiden, unterstreicht Friedrich, Vorstand der Volksbank Trier. Tatsächlich aber strebe die EU-Kommission eine Lösung an, bei der kaum differenziert würde.

40

„Eine klare Unterscheidung nach Risiken wäre aber nötig, damit auch größere Banken Anreize erhalten, keine überzogenen spekulativen Geschäfte abzuschließen. Die Zeche zahlen würden anderenfalls solide Banken wie wir und im schlimmsten Fall wohl auch die Steuerzahler“, bekräftigen die Vorstände. Deswegen hätten 98 Prozent der Anhörungs-

45

- teilnehmer verlangt, dass sich die Beiträge vor allem an den Risiken orientierten: „Die Botschaft ist klar: Hier muss Brüssel nachbessern.“ Die Genossenschaftsbanken der Region
- 50 fordern gemeinsam mit den anderen deutschen Genossenschaftsbanken einen Freibetrag von 500 Millionen Euro sowie eine angemessene Staffelung der Beiträge.
- 55 An der EU-Anhörung hatten mehr als 3.600 einzelne Bürger, Banken, öffentliche Institutionen und Verbände teilgenommen.